

Berit Völzmann

# Geschlechterdiskriminierende Wirtschaftswerbung

Zur Rechtmäßigkeit eines Verbots  
geschlechterdiskriminierender Werbung im UWG



**Nomos**

Schriften zur Gleichstellung

herausgegeben von

Prof. Dr. Susanne Baer  
Marion Eckertz-Höfer  
Prof. Dr. Jutta Limbach  
Prof. Dr. Heide Pfarr  
Prof. Dr. Ute Sacksofsky

Band 40

Berit Völzmann

# Geschlechterdiskriminierende Wirtschaftswerbung

Zur Rechtmäßigkeit eines Verbots  
geschlechterdiskriminierender Werbung im UWG



**Nomos**

Gedruckt mit Unterstützung des Deutschen Akademikerinnenbund e.V. (DAB).



**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2014

ISBN 978-3-8487-1849-8 (Print)

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Diese Arbeit lag als Dissertation im Sommersemester 2014 der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln vor. Sie war im Dezember 2013 abgeschlossen; danach veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur wurde zum Teil bis Sommer 2014 berücksichtigt.

Mein besonderer und herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater, Prof. Dr. Karl-Nikolaus Peifer, ohne dessen Unterstützung diese Arbeit so nicht entstanden wäre. Seine Anregungen und Kritik habe ich ebenso zu schätzen gewusst wie seine Offenheit für queerfeministische Theorien, interdisziplinäres Arbeiten und die feministische Rechtswissenschaft. Die Arbeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl hat mir das Schreiben dieser Arbeit nicht nur finanziell ermöglicht, sondern mir auch einen familiären Raum gegeben, innerhalb dessen ich mir steter Unterstützung in vielfältiger Form sicher sein konnte. Auch den studentischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen des Instituts für Medienrecht, die zur Zeit der Erstellung dieser Arbeit mit mir am Lehrstuhl arbeiteten und mit ihren Recherchehilfen, kritischen Nachfragen und Diskussionsbeiträgen zum Entstehen der Arbeit beitrugen, gilt daher mein herzlicher Dank.

Meinem Zweitgutachter, Prof. Dr. Wolfram Höfling, danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Für die Beteiligung am Druckkostenzuschuss danke ich dem Deutschen Akademikerinnenbund (DAB).

Meiner Familie, insbesondere meinen Eltern, und meinen Freund\_innen danke ich für die moralische Unterstützung, für konstruktive Diskussionen und für wissenschaftsferne Ablenkungen. Meiner Partnerin, Beate Kruschinski, danke ich für ihr Verständnis und ihre Geduld, für ihr stets offenes Ohr und das Korrekturlesen der Arbeit, vor allem aber für die Kraft, die sie mir gibt.

Prof. Dr. Susanne Baer, PräsBVerwG Marion Eckertz-Höfer, Prof. Dr. Jutta Limbach, Prof. Dr. Heide Pfarr und Prof. Dr. Ute Sacksofsky danke ich für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Köln, im August 2014

Berit Völzmann



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Einleitung	23
I. Problemdarstellung	23
II. Arbeitshypothese	26
III. Stand der Rechtsprechung und Forschung	26
IV. Gang der Darstellung	33
B. Geschlechtsdiskriminierende Darstellungen in der Werbung	35
I. Begriffsbestimmung „Werbung“	35
II. Geschlechtsbezogene Darstellungen in der Werbung	36
1. Geschlechtsrollen und Stereotype	36
2. Grundlegende Studien zur Stereotypisierung von Geschlechtsrollen in der Werbung in den 1970er und 1980er Jahren	37
3. Entwicklung in den 1990er Jahren und um die Jahrtausendwende	39
4. Aktuelle Studien	40
5. Aktuelle Beispiele	41
6. Zusammenfassung	43
III. Verfestigung von Geschlechtsrollenstereotypen durch Werbung	44
1. Geschlechtsrollen als Bestandteil des Geschlechts	44
2. Geschlechtsrollenerwerb	48
3. Medienwirkungsforschung	49
a) Quantitative Medienwirkungsforschung	49
b) Qualitative Medienwirkungsforschung	51
c) Kritik und Bewertung	54
d) Zusammenfassung	58
IV. Gefährdungspotenzial von Geschlechtsrollenstereotypisierung	58
1. Ungleichwertigkeit von Geschlechtsrollenstereotypen	59

## Inhaltsverzeichnis

2. Auswirkungen auf Leistung und berufliche Ambitionen – Stereotype Threat	59
3. Zusammenfassung	61
V. Geschlechterdiskriminierung	62
1. Begriff der Diskriminierung	62
2. Diskriminierung durch Werbeaussagen	63
3. Betroffene diskriminierender Werbeaussagen	64
4. Ergebnis	65
VI. Zusammenfassung	65
C. Die Werbeselbstkontrolle als Mittel gegen geschlechterdiskriminierende Werbung	66
I. Werbeselbstkontrolle in Deutschland	66
II. Umgang mit geschlechterdiskriminierender Werbung	67
1. Kriterienkatalog	68
2. Beschwerdeverfahren	69
III. Kritische Betrachtung der Werbeselbstkontrolle	70
1. Vorteile der Werbeselbstkontrolle	70
2. Problematische Gremienzusammensetzung	71
3. Unzureichende Anwendung und problematische Ausformulierung der Verhaltensregeln	73
a) Unzureichende Anwendung der Verhaltensregeln	73
b) Problematische Ausformulierung der Verhaltensregeln	76
4. Probleme im Verfahren	77
5. Unzulänglichkeiten des Sanktionssystems und im Rahmen der Durchsetzungsfähigkeit	78
6. Werbeselbstkontrolle statt staatlicher Zwangsmaßnahmen	80
IV. Ergebnis	82
D. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung einer Begrenzung geschlechterdiskriminierender Werbung	83
I. Verletzung von Grundrechten bzw. verfassungsrechtlichen Leitbildern durch geschlechterdiskriminierende Wirtschaftswerbung	83
1. Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG	83
a) Einordnung durch Rechtsprechung und Literatur	84

b) Schutz der Protagonist_innen	86
aa) Menschenwürde als vom Individuum unabhängige staatliche Schutzpflicht	87
(1) Die „Peep-Show“-Entscheidung	87
(2) Die „Zwergenweitwurf“-Entscheidung	88
(3) Literatur	90
(4) Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten in der Bundesrepublik Deutschland	90
bb) Selbstbestimmung als Kern der Menschenwürde	91
cc) Bewertung	94
c) Schutz der Rezipient_innen	96
aa) Schutz von Einzelnen als Teil einer Gruppe	96
(1) Rechtsprechung	96
(a) „Benetton“	96
(b) „Verfolgungsschicksal“	99
(c) „Soldaten sind Mörder“	99
(d) Zusammenfassung	100
(2) Literatur	100
(3) Bewertung	101
bb) „Geschlechtsgruppe“ als verletzungsfähige Gruppe iSd Art. 1 Abs. 1 GG	102
(1) Die Entscheidung „Frauen gegen den Stern“	102
(2) Bewertung	103
cc) Menschenwürdeverletzung durch Rezeption menschenwürdeverletzender Darstellungen	106
(1) Grundsatz und Bedeutung der Menschenwürde	106
(2) Verletzung durch Rezeption	110
d) Menschenwürdeschutz als Bestandteil der objektiven Wertordnung	112
aa) Einleitung	112
bb) Würde der Menschheit oder strenge Individualwürde?	113
(1) Einordnung durch Rechtsprechung und Literatur	113
(2) Bewertung	115

## Inhaltsverzeichnis

cc) Verletzung der Menschenwürde durch geschlechterdiskriminierende Darstellungen	117
(1) Möglichkeit der Menschenwürdeverletzung durch fiktionale mediale Darstellungen	117
(2) Bedeutung der Intention der Aussage	120
(3) (Teil-) Konkretisierung des objektiv-rechtlichen Gehalts der Menschenwürde	121
(a) Geschlechtsrollenstereotypisierung	121
(b) Sexualisierte Werbung	123
(c) Objektifizierung iSd Menschenwürde	124
e) Ergebnis	127
2. Gleichberechtigungsgebot, Art. 3 Abs. 2 S. 1, 2 GG	127
a) Konkretisierung Gleichberechtigung	128
aa) Chancengleichheit	128
bb) Dominierungsverbot, Äquivalenzmodell, Rollentauschmodell	131
cc) Hierarchisierungsverbot	134
dd) Symmetrische Hierarchien als Gleichberechtigungsgefährdung	137
ee) Zwischenergebnis	139
b) Geschlechtsbezogene Hierarchien in der Werbung	139
aa) Hierarchien durch Geschlechtsrollenstereotype	139
bb) Benachteiligungen durch Geschlechtsrollenstereotype	140
c) Ergebnis	145
3. Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG	146
a) Entfaltungsbehinderung durch Benachteiligung aufgrund des Geschlechts	146
b) Selbstdarstellung entsprechend der empfundenen Geschlechtszugehörigkeit	148
c) Geschlechtsfindung und Personwerdung als Grundbedingung freier Entfaltung der Persönlichkeit	149
aa) Recht auf Geschlechtsfindung und Personwerdung	150
bb) Gefährdung der Grundbedingungen der Persönlichkeitsentwicklung bzgl. der Geschlechtsfindung und Personwerdung	151

cc) Beeinträchtigung des Rechts auf Geschlechtsfindung und Personwerdung	155
dd) Ergebnis	156
4. Zusammenfassung	157
II. Einem Verbot entgegenstehende, nicht zu rechtfertigende Grundrechtseingriffe	158
1. Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 S. 1, 2 GG	158
2. Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 GG	159
a) Bedeutung und Gehalt der Meinungsfreiheit	159
b) Wirtschaftswerbung als Meinungsäußerung	160
aa) Einordnung durch Literatur und Rechtsprechung	161
bb) Grundsätzliche Schutzmöglichkeit über Art. 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 GG	163
c) Konkretisierung des sachlichen Schutzbereichs	165
aa) Das Meinungsspektrum in Rechtsprechung und Literatur	165
bb) Werbeaussagen als Meinungs- oder Tatsachenäußerung	166
(1) Grundsätzliche Meinungseigenschaft sämtlicher Werbeaussagen	166
(2) Werbeaussagen als Tatsachen, die Voraussetzung der Bildung von Meinungen sind	170
(3) Werbeaussagen mit Meinungsqualität	171
(4) Zwischenergebnis	174
cc) Meinungswertigkeit geschlechterdiskriminierender Wirtschaftswerbung	174
dd) Zwischenergebnis	176
d) Persönlicher Schutzbereich	177
e) Abwägung im Rahmen der Grundrechtskollision	178
aa) Das hohe Gut der Meinungsfreiheit	178
bb) Objektive Werte und staatliche Schutzpflichten aus Art. 3 Abs. 2 GG und Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG	179
cc) Ausgleich der betroffenen Rechtsgüter	180
(1) Der kommerzielle Zweck einer Meinungsäußerung	181

## Inhaltsverzeichnis

(2) Meinungsmacht der Medien und besondere Wirkung der Werbung	184
(3) Meinungsäußerung als Teil zwischenmenschlicher Kommunikation	187
(4) Zusammenfassung und Ergebnis	188
3. Pressefreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 1 GG	189
a) Bedeutung der Pressefreiheit	190
b) Abgrenzung zur Meinungsfreiheit	190
c) Schutzbereichskonkretisierung	191
d) Abwägung im Rahmen der Grundrechtskollision	194
4. Rundfunkfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GG	195
a) Bedeutung der Rundfunkfreiheit	195
b) Abgrenzung zur Meinungsfreiheit	196
c) Abgrenzung zur Pressefreiheit	196
d) Schutzbereichskonkretisierung	197
e) Abwägung im Rahmen der Grundrechtskollision	198
5. Kunstfreiheit, Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG	199
a) Bedeutung der Kunstfreiheit	199
b) Abgrenzung zur Meinungs-, Presse- und Rundfunkfreiheit	200
c) Kunst in der Werbung und Werbung als Kunst	202
aa) Geschützte Tätigkeiten in Werk- und Wirkbereich	203
bb) Künstlerische Vorlagen in der Werbung	204
(1) Formaler Kunstbegriff	205
(2) Materieller Kunstbegriff	208
(3) Offener Kunstbegriff	208
(4) Ergebnis	209
cc) Die Werbung selbst als Kunstwerk	209
d) Persönlicher Schutzbereich	212
e) Abwägung im Rahmen der Grundrechtskollision	214
III. Ergebnis	216
E. Vereinbarkeit einer Begrenzung geschlechtsdiskriminierender Werbung mit europäischem Primärrecht	218
I. Anwendbarkeit der EU-Grundrechte	218

II. Vereinbarkeit mit EU-Grundfreiheiten	219
1. Tatbestand des Art. 34 AEUV	219
a) Produktbezogene diskriminierende Werbung	220
b) Diskriminierende Werbung als Verkaufsmodalität	221
c) Ergebnis	223
2. Rechtfertigung	223
a) Schranken	223
b) Verhältnismäßigkeit	225
3. Ergebnis	227
F. Das UWG als Mittel gegen geschlechterdiskriminierende Werbung	228
I. Sinnhaftigkeit der Durchsetzung des verfassungsrechtlich gebotenen Schutzes vor geschlechterdiskriminierender Werbung über das UWG	228
1. Bündelung aller werbebezogenen Fälle sowie aller Fälle geschlechterdiskriminierender Werbung in einem Gesetz	228
2. Möglichkeit der Verfolgung von Kollektivinteressen und Verbandsklagemöglichkeit	229
3. Schnelligkeit der Durchsetzbarkeit von Ansprüchen	231
4. Ergebnis	232
II. Ausschließlicher Schutz der Entscheidungsfreiheit als Verkürzung des lauterkeitsrechtlichen Schutzzwecks	233
III. Wertbezogene Auslegung der lauterkeitsrechtlichen Schutzzwecke	235
1. Einleitung	235
2. Diskriminierungsschutz als Freiheitsschutz	236
3. Richtlinienkonforme Auslegung anhand der UGP-Richtlinie	238
a) Ziel und Anwendungsbereich	238
b) Öffnungsklausel als Betonung des beschränkten Anwendungsbereichs der UGP-Richtlinie	239
c) Ausstrahlungswirkung der UGP-Richtlinie auf den nichtharmonisierten Bereich	240
aa) Eingeschränkter Zweck der Richtlinie	241
bb) Enger Unlauterkeitsbegriff der Richtlinie	241
cc) Beschränktes Verbraucherschutzverständnis der Richtlinie gegenüber sonstigem europäischem Recht	242

## Inhaltsverzeichnis

dd) Fazit	243
d) Veränderte Auslegung der UGP-Richtlinie seit Geltung des AEUV	244
aa) Wettbewerbsbezogener Gleichstellungsauftrag im EGV aF	244
bb) Weitere Stärkung der sozialen Komponente im AEUV	245
cc) Diskriminierungsverbot in der GRCh	246
dd) Fazit	247
e) Erfassung geschlechtsdiskriminierender Wirtschaftswerbung durch die Öffnungsklausel der UGP-Richtlinie	247
f) Ergebnis	250
4. Verfassungskonforme Auslegung	250
a) Die Grundrechte im Privatrecht – Verfassungsprivatrecht	250
b) Verfassungsrechtliche Auslegungsmöglichkeit des UWG	252
aa) Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe im UWG	252
bb) Begrenzung der verfassungsrechtlichen Auslegung des UWG	253
cc) Einschränkungslose verfassungsrechtliche Auslegung des UWG	255
c) Übertragung der verfassungsrechtlichen Wertungen	259
5. Unzulässige Reduktion der Verbraucher_innen auf die Funktion des „Schiedsrichters“	260
6. Anhaltspunkte im UWG	262
a) Historie und Gesetzesbegründung	262
aa) Wertbezogene Auslegung des UWG 1909	262
bb) Keine grundsätzlichen Änderungen durch die Neufassungen 2004 und 2008	263
cc) Fazit	265
b) Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher	265
c) § 4 Nr. 1 Alt. 2 UWG als Schutz vor menschenverachtender Werbung	266
d) § 4 Nr. 11 UWG als Öffnungsnorm für Marktverhaltensregelungen	267

e) § 7 UWG als Schutz vor unzumutbaren Belästigungen	268
f) Fazit	270
7. Ergebnis	270
IV. Implementierung des Diskriminierungsschutzes in die Normen des UWG	271
1. § 4 Nr. 1 Alt. 2 UWG	272
2. § 4 Nr. 11 UWG	273
3. § 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 1, 2 UWG und § 3 Abs. 3 UWG iVm Ziff. 1, 2 oder 3 des Anhangs	274
a) § 3 Abs. 3 UWG iVm Ziff. 1, 2 oder 3 des Anhangs	274
b) § 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 1, 2 UWG	275
4. § 7 Abs. 1 S. 1 UWG	276
a) Geschlechterdiskriminierende Werbung als unzumutbare Belästigung	276
b) Möglichkeit der Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf den Schutz vor inhaltlich unzumutbaren Belästigungen	277
aa) Wortlaut	277
bb) Systematik der Norm	278
cc) Gesetzesbegründung	278
c) Zu enger Anwendungsbereich und Konflikt mit Normkonzept	279
5. § 3 Abs. 1 UWG	279
6. Ergebnis	280
V. Einführung einer neuen Norm	281
1. Bedürfnis	281
2. Vergleichbare Normen anderer Länder	282
a) Verbote geschlechterdiskriminierender Werbung	282
b) Fallgruppen geschlechterdiskriminierender Werbung im norwegischen Marktgesetz	283
aa) „Kränkende Darstellung“	284
bb) „Herabsetzende Beurteilung“	284
cc) „Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter“	285
dd) Bewertung	286
3. Vorschläge für eine Norm gegen diskriminierende Werbung im deutschen Recht	286

## *Inhaltsverzeichnis*

4. Eigener Normvorschlag	288
a) Geschlechterdiskriminierende Werbung im Lauterkeitsrecht	288
aa) Ausdrückliche Aussagen	288
bb) Hierarchische Darstellungen	290
cc) Werbung und Werbekampagne	294
dd) Fazit	295
b) Konkreter Regelungsort für ein Verbot geschlechterdiskriminierender Werbung	295
c) Normtext	296
G. Zusammenfassung	298
Literaturverzeichnis	303

## Abkürzungsverzeichnis

aA	andere Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aE	am Ende
aF	alte Fassung
ApP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
allg.	allgemein
allgM	allgemeine Meinung
AmtlBegr	amtliche Begründung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (Zeitschrift)
AVMD-RL	Richtlinie 2010/13/EU v. 10.3.2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste, ABIEU v. 15.4.2010 Nr. L 95/1
Az.	Aktenzeichen
b2c	Business-to-Consumer
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bearb.	Bearbeiter_in
Bd.	Band
Begr.	Begründer_in
BegrRegE	Begründung des Regierungsentwurfes
Bf.	Beschwerdeführer_in
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BLM	Bayerische Landeszentrale für neue Medien

## *Abkürzungsverzeichnis*

BMJ	Bundesministerium der Justiz
BReg	Bundesregierung
BT-Drucks	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CEDAW	Committee on the Elimination of Discrimination against Women (Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EASA	European Advertising Standards Alliance
E-Commerce-RL	Richtlinie 2000/31/EG v. 8.6.2000 über den elektronischen Geschäftsverkehr, ABIEG v. 17.7.2000 Nr. L 178/1
EGBGB	Einführungsgesetz zum BGB
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf	Einführung
Einl	Einleitung
endg	endgültig
EU	Europäische Union
EUGH	Europäischer Gerichtshof
EugHE	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
Eur	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht
ff.	fortfolgende
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GewArch	Das Gewerbeamtarchiv (Zeitschrift)

GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GjS	Gesetz gegen jugendgefährdende Schriften
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl. C-303/1 ff. vom 14.12.2007
grds.	grundätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (Zeitschrift)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
hM	herrschende Meinung
HmbMedienG	Hamburgisches Mediengesetz
Hrsg.	Herausgeber_in(en)
insbes.	insbes.
iS	im Sinne
iSd	im Sinne des/der
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit
JMStV	Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	JuristenZeitung
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KLM	Kommission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
LG	Landgericht
LT-Drucks NW	Drucksache des Landtags Nordrhein-Westfalen
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
mwN	mit weiteren Nachweisen
M&K	Medien & Kommunikationswissenschaft (Zeitschrift)
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NDR-StV	NDR-Staatsvertrag
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number (englisch)
Nr.	Nummer
NstZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht

## *Abkürzungsverzeichnis*

NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PreisangabenVO	Preisangabenverordnung
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft
RÄStV	Rundfunkänderungsstaatsvertrag
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rspr	Rechtsprechung
RStV	Rundfunkstaatsvertrag, in der Fassung des fünfzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (15. RÄStV) vom 15.12./17.12./21.12.2010, Inkrafttreten: 01.01.2013)
S.	Satz/Seite
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt
Sp.	Spalte
StGB	Strafgesetzbuch
stRspr	ständige Rechtsprechung
Tz.	Textziffer
u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UFITA	Archiv für Urheber- und Medienrecht (Zeitschrift)
UGP-RL	Richtlinie 2005/29/EG v. 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken, ABIEG v. 11.6.2005 Nr. L 149/22
Urt.	Urteil
US	United States (of America)
UWG	Gesetz gegen den Unlauteren Wettbewerb
v.	vom
VerlG	Gesetz über das Verlagsrecht
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume (englisch)
vs.	versus
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
ZAW	Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft e.V.
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

zfwu	Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensexethik
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht Rechtsprechungsdienst

